

Autoritäre Strukturen trotz freier Wahlen

Autor(en): **Goehrke, Carsten / Schneider, Lukas M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AUTORITÄRE STRUKTUREN TROTZ FREIER WAHLEN

In Russland sind am 12. Dezember 1993 die ersten wirklich freien Wahlen seiner über tausendjährigen Geschichte über die Bühne gegangen. Carsten Goehrke, Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich, äussert sich im folgenden Interview zu Staat und Gesellschaft Russlands. Die Fragen stellte Lukas M. Schneider, lic. phil.

Etwas, das bereits im Vorfeld der Wahlen immer wieder aus Interviews, Dokumentarfilmen und Hintergrundberichten zum Ausdruck gekommen ist, ist der Wunsch vieler russischer Bürgerinnen und Bürger nach einer Führerfigur mit starker Hand. Selbst junge Intellektuelle können sich Russlands Zukunft offensichtlich nur im Rahmen einer zwar nicht diktatorischen, jedoch autoritäre Züge tragenden Staatsgewalt vorstellen. Der autoritäre Zentralismus des politischen Systems ist wohl eine Konstante in der russischen Geschichte. Haben uns die Wahlergebnisse somit einmal mehr vor Augen geführt, wie sehr die Altlasten der Geschichte Russlands nachwirken?

Goehrke: Zum historischen Erbe gehört sicher auch, dass die russische Politik immer sehr stark von Führerfiguren gemacht worden ist: von den Moskauer Grossfürsten über die Zaren – auch die Revolution ist letzten Endes von Lenin und Trotzki gemacht worden. Und nach einem kurzen Interregnum in den zwanziger Jahren ist auch nicht ganz zufällig ein Stalin an die Spitze gekommen. Das hängt auf der einen Seite mit den Traditionen eines autoritären Systems zusammen, auf der anderen Seite damit, dass Russland eigentlich nie die Entwicklung mitgemacht hat, die das lateinische Europa sehr stark prägte, nämlich die Aufklärung, die Einbindung der Stände in die gesamtstaatliche Verantwortung oder die Entstehung eines Bürgertums, das mit überwiegend friedlichen Mitteln um die politische Partizipation gekämpft hat. In Russland konnte der Monarch eine auch im europäischen Vergleich einzigartige Stellung einnehmen, weil aus der russischen Geschichte heraus keine Kräfte erwachsen sind, die ihn gezwungen hätten, seine Macht zu teilen.

Ihre Ausführungen sind recht pessimistisch. Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, aus diesem Autoritarismus auszubrechen?

Goehrke: Historische Zwangsläufigkeiten sind ja nie wirklich zwangsläufig. Sie sind immer das Ergebnis von bestimmten historischen Konstellationen, aus denen es keinen anderen Ausweg gegeben hat. Deswegen sind auch die Russen von Natur aus nicht zu einem autoritären Staatssystem verdammt.

Es hat vom 18. Jahrhundert bis 1917 einen Graben zwischen einer weitgehend westeuropäisch gebildeten Elite und der grossen Mehrheit der Bevölkerung gegeben, die in ihren alten russischen, von der Vergangenheit geprägten Traditionen weitergelebt hat. Zwischen diesen beiden Welten gab es keine Brücke. Was im folgenden der Sowjetkommunismus nach 1917 aus Russland gemacht hat, war ja eigentlich auch nicht eine Westeuropäisierung von Staat und Gesellschaft, sondern man übernahm eine westeuropäische Idee, die zwar von Karl Marx stammte, von Lenin aber bereits umgeformt und den russischen Bedürfnissen angepasst wurde. Sicher, äusserlich gesehen ist Russland heute «europäischer», als es vor hundert Jahren wirkte. Was wir heute in Russland haben, ist ein Amalgam von russischen Traditionen und einer stärkeren Westeuropäisierung, welche breitere Kreise der Bevölkerung erfasst hat, als dies vor hundert Jahren der Fall war. Hier liegen die Zukunftschancen für Russland, aus den autoritären Traditionen ausbrechen zu können.

Die Moskauer und Sankt Petersburger haben offenbar doch stärker reformfreundlich gestimmt als der Durchschnitt der Bevölkerung. Das ist sicher kein Zufall, weil sich hier, in diesem Milieu der Millionenstädte, eine Bevölkerung findet, die eher «europäisch» ist, entsprechend politisch denkt und daran interessiert ist, dass Russland sich in einen modernen, demokratischen und wirtschaftlich effizienten Staat verwandelt. Je mehr sich diese Elite auch in den übrigen Teilen Russlands quantitativ ausbreitet, desto tragfähiger wird auch der Boden für eine

**Reformpolitik
kann nur
Erfolg haben,
wenn sich Russland
auf Jahrzehnte
hinaus jedes
ausserpolitischen
Abenteuers enthält.**

wirkliche Umwandlung in einen demokratischen Rechtsstaat werden. Insofern bin ich grundsätzlich nicht pessimistisch. Nur muss man natürlich sehen, dass solche Prozesse mit der politischen Mentalität zu tun haben. Politische Mentalitäten kann man nicht einfach von heute auf morgen umpolen. Das ist eine Generationenfrage.

Historiker wie Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das Fehlen von am Römischen Recht und an der Tradition der scholastischen Philosophie gewachsenen Rechtskategorien und säkularen Begriffssystemen während des Moskauer Reiches die gesamte russische Verfassungsentwicklung bis in die Gegenwart hinein charakterisiert. Wo sehen Sie eine Kontinuität in dieser Entwicklung, und wo sehen Sie allenfalls Brüche?

Goehrke: Das Problem liegt darin, dass es in Russland eben ein rechtsstaatliches Denken aus eigener Wurzel nicht gibt. Das Römische Recht liegt ja bei uns letztlich nicht nur dem rechtsstaatlichen Denken zugrunde, sondern auch der Regelung der Beziehungen der Menschen untereinander.

Dem russischen Volk ist das Denken in verfassungsrechtlichen Kategorien vollkommen fremd. Es hat zwar bei den Dekabristen, die 1825 einen Militärputsch versuchten, solche Ansätze gegeben; es gab dort auch einen konstitutionalistischen Flügel, der sein Vorbild in Westeuropa sah. Aber das war natürlich eine winzige Minderheit von westlich ausgebildeten Offizieren aus dem Adel. Dadurch, dass fernerhin die russische Autokratie auch bei den Reformen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz bewusst nicht eine Konstitution mit ins Auge fasste – obgleich ja Vorbilder in Westeuropa durchaus vorhanden waren –, sondern glaubte, sich um eine Verfassung herumdrücken zu können, ist die Opposition im Zarenreich radikalisiert worden. Somit hatte das Zarenregime eine Chance verpasst, doch noch zu versuchen, die gemässigten Teile der Opposition im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie zu integrieren. Was nach der Revolution von 1905 kam, hat *Max Weber* zu Recht als Scheinkonstitutionalismus bezeichnet. So hat es in Russland tatsächlich überhaupt keine Tradition eines verfassungsrechtlichen Denkens gegeben.

Für die Bolschewiki war eine Konstitution ohnehin völlig indiskutabel, und es ist ja auch kein Zufall, dass Lenin zwar noch im November 1917 Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung abhalten liess, weil er meinte, die Bolschewiki seien nach der Oktoberrevolution noch nicht fest genug

im Sattel, aber im Januar des folgenden Jahres sich dann stark genug fühlte, die Konstituante auseinanderjagen zu lassen. Damit war wiederum eine Ansatzmöglichkeit verpasst. Die Verfassungen, die seitdem erlassen wurden, die *Stalin*-Verfassung von 1936 und die *Breschnew*-Verfassung von 1977, waren natürlich Zerrbilder. Wer es wagte, sich in seinen Bürgerrechten auf die Verfassung zu berufen, der musste Schlimmes gewärtigen. Verfassungen sind für die russische Bevölkerung somit alles in allem ein Papier, das man heute macht und morgen wieder verwirft. Und ich meine, *Jelzin* selber zeigt ja, dass auch er nicht anders denkt. Denn diese Verfassung ist ihm auf den Leib geschneidert, sie ist ein Arbeitsinstrument für ein paar Jahre, das dann nach Belieben wieder abgeändert wird. Dies verrät sehr deutlich, dass auch *Jelzin* von seiner Herkunft her zur alten kommunistischen Nomenklatura gehört.

Liegt ein entscheidender Fehler nicht auch in der übertriebenen Erwartungshaltung des Westens, der immer noch die naive Hoffnung hegt, Russland könne rasch westliche Vorbilder übernehmen?

Goehrke: Man darf den Russinnen und Russen gewiss nicht zumuten, von heute auf morgen wie westliche Gesellschaften oder westliche politische Systeme zu funktionieren. Ein Übergangscharakter mit eigenen Bedingungen muss Russland zugebilligt werden, wo ein starker Präsident, dessen Stellung auch in der Verfassung entsprechend verankert ist, notwendig erscheint.

Chasbulatow und Ruzkoi, die beiden Hauptdrahtzieher des letztjährigen Herbstputsches, hatten sich immer für eine Abkehr von der Schocktherapie der Regierung stark gemacht. Haben diese beiden Politiker im nachhinein recht bekommen, und können sie sich nun in ihren Gefängnissen über eine zumindest nachträgliche Bestätigung ihrer Einschätzung der «russischen Seele» freuen, weil die Abstimmenden in ihrer Mehrheit demonstriert haben, dass sie von überstürzten Reformen nichts wissen wollen?

Goehrke: Ich bin immer ein grosser Skeptiker der Schocktherapie gewesen. Und ich habe auch schon gleich nach der Freigabe der Preise im Januar 1992 gesagt, dass diese Politik in einem Land wie Russland nicht Erfolg haben werde. Denn man kann doch nicht einfach die Preise freigeben, bevor nicht die Grundlagen für einen Wettbewerb geschaffen sind, wie etwa die Entflechtung der grossen Staatsmonopole.

Was *Ruzkoi* und *Chasbulatow* angeht, so muss man natürlich sehen, dass sie wie auch *Jelzin* keine ökonomischen Experten sind und eher aus grund-

Wir haben es bisher insgesamt mit einer Wirtschaftspolitik zu tun gehabt, die in sich vollkommen widersprüchlich und konfus ist.

sätzlichen Überlegungen eine andere Position als Gaidar und der Präsident vertreten haben. Wir haben es mit einem Lernprozess zu tun, der gezeigt hat, dass die Zukunft der Reformen, auch die Zukunft der Demokratie in Russland, letzten Endes davon abhängen wird, wie weit es in den nächsten Jahren gelingen wird, der Masse der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, dass sie wirtschaftlich wieder Boden unter den Füßen findet. Insofern muss man jetzt nicht auf Ruzkoi und Chasbulatow zurückgreifen. Es ist vielmehr die nüchterne Erkenntnis, dass man in der überstürzten Freigabe der Preise einen Fehler gemacht hat. Die Regierung muss nun zunächst einmal das Vertrauen der Russen in die eigene Wirtschaftspolitik wiederherstellen.

Denn was nützt es, wenn Gaidar versucht, die Wirtschaftsreformen weiterhin schnell voranzutreiben, auf der anderen Seite jedoch die Inflation galoppiert und Jelzin, um die Bevölkerung nicht ganz zu verprellen, mit vollen Händen wieder Wahlgeschenke verteilt oder streikende Bergarbeiter durch Lohnerhöhungen zufriedensstellt, die ja schliesslich nur durch die Notenpresse gedeckt werden können. Damit wird «hinten» letztlich dann genau wieder das Gegenteil von dem gemacht, was Gaidar eigentlich «vorne» zu vermeiden versucht. Wir haben es bisher insgesamt mit einer Wirtschaftspolitik zu tun gehabt, die in sich vollkommen widersprüchlich und konfus ist.

Zwei überraschende Ergebnisse bedürfen einer Erklärung. Zum einen der Wahlerfolg der «Bewegung Frauen Russlands». Gibt es Unterschiede zwischen der Frauenbewegung in Russland und jener im Westen?

Goehrke: Es gibt eklatante Unterschiede. Die russischen Frauen müssen sich erst das erkämpfen, was die westlichen Frauen doch grösstenteils schon haben. Zwar ist die Emanzipation in Russland schon Anfang der zwanziger Jahre voll durchgeführt worden, und die russischen Frauen haben in jenen Jahren bereits im Berufsbereich Positionen erreicht und auch Berufsbranchen besetzt, von denen man im Westen damals nur träumen konnte. Aber dabei ist es im Grunde genommen geblieben. Die russische Gesellschaft ist eine patriarchalische, ja sogar ein Stück weit eine «Machogesellschaft». Die Frauen müssen erst einmal versuchen, dahin zu kommen, wohin sie im Westen seit einigen Jahren doch zunehmend gelangt sind: Mitsprache in der Politik und eine Vertretung in Regierungspositionen. Das können sie momentan tatsächlich nur über eine eigene Partei. Wobei man sehen muss, dass diese Frauenpartei in

Es bleibt das, was vertraut ist, nämlich die nostalgische Rückbesinnung auf die nationale Grösse der Sowjetunion oder eben auch auf Russland selber.

Russland eigentlich eine konservative ist, die sicher eher in die Nähe der Agrarpartei oder auch der Kommunisten gehört als in den Kreis der Reformkräfte. Aber es wäre jetzt eine Chance des Jelzin-Lagers, sie in das Reformlager herüberzuholen, indem man ihre Forderungen erfüllt. Von daher meine ich, dass diese Partei, die jetzt noch sehr betulich wirkt, auch in den Aussagen ihrer prominenten Vertreterinnen, relativ rasch in eine Reformpartei umgemodelt werden könnte. Sie hat durchaus die Möglichkeit, eine Art Zündfunken zu bilden, um überhaupt den ganzen Prozess der Frauenemanzipation in Russland relativ rasch voranzutreiben.

Die zweite Überraschung stellt das schlechte Abschneiden der «Bewegung Demokratische Reformen» dar mit Anatolij Sobtschak, dem progressiven Bürgermeister Sankt Petersburgs, an der Spitze. Diese Gruppe konnte überdies ja auch andere bekannte Namen aus der Politprominenz auf ihre Seite ziehen, wie etwa den früheren Moskauer Bürgermeister Popow oder den ehemaligen Chefberater Gorbatschows, Jakowlew. Worin sehen Sie die Gründe für ihr Scheitern? Sind sie allein auf die Zersplitterung der reformorientierten Kräfte zurückzuführen?

Goehrke: Ja, ich glaube, es war das grösste Handicap der Reformparteien, dass es für Aussenstehende, das heisst für Nicht-Hauptstädter, tatsächlich nicht klar durchschaubar war, worin sie sich voneinander unterscheiden.

Die Kirche hat den Verlauf der russischen Geschichte – besonders, was die Herausbildung der Autokratie betrifft – wesentlich mitgestaltet. Welches war ihre Rolle im Wahlkampf?

Goehrke: Ich habe die Rolle der Kirche im Wahlkampf nicht näher verfolgt. Vom Trend her lässt sich generell sagen, dass die orthodoxe Kirche Russlands heute eher zum national-konservativen Lager gehört. Sie setzt die Radikalreformer weitgehend mit Säkularisierung und Verwestlichung gleich. Ihr Orientierungspunkt ist vor allem das späte Zarenreich, wo sie ja eine zentrale Rolle gespielt hat. Die russische Kirche ist ganz ausgeprägt eine Nationalkirche und von ihren theologischen Vorstellungen her der vor-modernen Gesellschaft verhaftet, mit wenig Aufgeschlossenheit für die Probleme der heutigen modernen Industriegesellschaft.

Im Vorfeld der Wahlen musste man feststellen, dass – so heterogen die Zielvorstellungen und Strategien der einzelnen Parteien und Bündnisse in bezug auf die Wirtschaftspolitik auch sind – auf aussenpolitischer Ebene im allgemeinen doch ein erstaunlicher Konsens

vorherrsch, der darauf hinausläuft, dass grossrussische Ambitionen auch von den Reformkräften keineswegs geleugnet werden. Da sind in der letzten Zeit eher beunruhigende Signale in den Westen ausgesandt worden. Sind sie einfach nur dadurch erklärbar, dass jede Partei durch etwas Chauvinismus zusätzliche Stimmen ergattern kann, oder steckt mehr dahinter? Müssen wir auch hier davon ausgehen, dass in der Geschichte nichts endgültig überwunden ist?

Goehrke: Wohl eher das erstere. Weil *Schirinowski* mit seinen nationalchauvinistischen Parolen so viele Anhänger mobilisieren konnte, müssen nun auch die Reformparteien patriotischere Töne anschlagen. Wir werden in nächster Zeit sehen, dass auch der Präsident viel stärker – vorher war es ja auch schon spürbar – «national» auftreten, mit nationalen Interessen argumentieren wird.

Die kommunistische Ideologie ist sicher passé. Doch gesellschaftliche Werte, wie sie bei uns propagiert werden, sind allenfalls für die kleine Elite in den Grossstädten verbindlich: allen voran für die akademisch gebildete Intelligenz. Für sie – das haben die Wahlergebnisse gezeigt – spielt die Frage der persönlichen Freiheit und spielen auch Werte der Humanität, der bürgerlichen Grundrechte und der Menschenrechte eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die Frage nach Wohlstand und materiellen Gütern. Der grossen Masse der Bevölkerung jedoch ist das nicht von heute auf morgen vermittelbar. Denn die ist ja nie, ausser negativerweise, mit diesen Werten konfrontiert worden. Während der Sowjetzeit erschienen diese als Pseudowerte des Kapitalismus, der Bourgeoisie und des Imperialismus.

Was bleibt den Leuten somit übrig? Es bleibt das, was vertraut ist, nämlich die nostalgische Rückbesinnung auf die nationale Grösse der Sowjetunion oder eben auch auf Russland selber. Deswegen ist dieser Rückfall in einen Kult des Nationalen und der nationalen Grösse gar nicht verwunderlich. Das finde ich auch nicht unbedingt tragisch, solange es nicht – wie so oft in der Geschichte – verbunden wird mit einem Eskapismus: durch eine Flucht aus den innenpolitischen Problemen in eine aggressive Aussenpolitik. Bei Jelzin glaube ich allerdings, dass er keine Expansionspolitik betreiben wird.

Erste Stellungnahmen zu den Wahlergebnissen in Russland haben gezeigt, dass vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten sicherheitspolitische Bedenken angemeldet werden. Für wie begründet halten sie diese Ängste vor einer Wiederaufrichtung des alten Imperiums? Zum einen aus der Sicht des Historikers, zum anderen aus der Optik eines baltischen Staatsangehörigen.

Goehrke: Wenn sich jemand von einem russischen Chauvinismus bedroht fühlen muss, dann sind es die baltischen Staaten, weil natürlich heute schon aus rein militärstrategischer Sicht Russland mit seiner

Ostseeflotte in den hintersten Winkel des Finnischen Meerbusens eingezwängt ist. Von daher wird – wie schon zur Zeit *Iwans des Schrecklichen* im 16. Jahrhundert – dieses baltische Glacis, die Verbreiterung der eigenen Operationsbasis an der Ostsee, am ehesten das Denken russischer Militärs bestimmen. Falls eine Expansion erfolgen sollte, würde sie sich zunächst einmal sicher gegen die baltischen Staaten richten. Insofern ist subjektiv gesehen diese Angst der Balten absolut begründet.

Objektiv gesehen allerdings glaube ich, dass sie derzeit unbegründet ist, weil man auch von den russischen Interessen her argumentieren muss. Und diese russischen Interessen sind zumindest in der gegenwärtigen Situation, solange Jelzin an der Macht bleibt, davon bestimmt, das Haus wirtschaftlich in Ordnung zu bringen. Dazu braucht man den Westen. Wenn jetzt eine aggressive Aussenpolitik betrieben würde, hätte das sofort eine Konfrontation mit dem Westen zur Folge. Die wirtschaftliche Genesung Russlands würde dadurch um Jahrzehnte wieder zurückgeworfen.

Russland ist jetzt in einer Situation ähnlich jener vor dem Ersten Weltkrieg. Ministerpräsident *Stolypin* führte nach der Revolution von 1905 seine Agrarreformpolitik durch, um einen allmählichen Umbau der noch vom Gemeinschaftsbesitz der bäuerlichen Bevölkerung geprägten Subsistenzlandwirtschaft zu einem modernen Privatbauerntum amerikanischen Zuschnitts voranzutreiben. *Stolypin* hat ganz klar gesagt, dass diese Politik nur Erfolg haben könne, wenn Russland auf Jahrzehnte hinaus sich jedes aussenpolitischen Abenteuers enthalte. Er wurde 1911 ermordet. 1914 war Russland bereits in den Ersten Weltkrieg verstrickt, nicht zuletzt, weil seine Führung glaubte, den innenpolitischen Schwierigkeiten durch einen scheinbar leichten aussenpolitischen Erfolg zu entgehen. Das Ergebnis kennen wir: die beiden Revolutionen von 1917. Und von den Folgen der Oktoberrevolution fängt Russland erst jetzt langsam an, sich zu erholen. Hoffentlich auf Dauer. ♦

SPLITTER

Jede Entwicklung ist das Suchen nach der richtigen Balance zwischen dem Bewahren des Überkommenen und dem Schaffen von etwas Neuem. Mir liegt nur daran, dass dieses Gleichgewicht beachtet wird. In den letzten Jahrzehnten beobachte ich, dass dies genau umgekehrt ist. Es gibt ein geradezu wollüstiges Streben danach, das Erhabene und das Niedere zu mischen, und eine Furcht, einfach und aufrichtig zu sein; statt dessen herrscht das Bestreben, aus sich etwas zu machen, was es bisher noch nicht gegeben hat.

ALEXANDER SOLSCHENIZYN, in: «Die Zeit» Nr. 44, 29. Oktober 1993